



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln am 21.03.2023.

Sitzungsort: im Forum des Rupert-Neudeck-Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:15 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Dr. Susanne Diekmann Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Dr. Martin Geuking FDP

Margarete Große Wiesmann CDU

Dr. Andrea Quadt-Hallmann CDU

Morten Steimann CDU

Susanne Strätker CDU

Sachkundige/r Bürger/in

Markus Böker CDU

Flynn Herbst SPD

Lukas Laakmann CDU

Stellvertr. Ausschussmitglieder

Wolfgang Danziger SPD Vertreter für Manfred Gausebeck

Stellvertr. sachk. Bürger/in

Dr. Matthias Schliermann
Herbert van Stein

Bündnis 90/Die Grünen
UBG

Vertreter für Brigitte Kleinschmidt

Von der Verwaltung

Ian Bartlett
Julia Breuksch
Daniel Krüger
Martina Marquardt-Wißmann
Dr. Dietmar Thönnies
Peter Wermeling

Schriftführung

Lea Steinhoff

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Frau Dr. Diekmann stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und leitet den nicht-öffentlichen Sitzungsteil ein.

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Frau Marquardt-Wißmann berichtet, dass der Rat der Gemeinde Nottuln die Verwaltung mit Beschluss vom 14.03.2023 beauftragt hat, Fördermittel für eine kommunale Wärmeplanung zu beantragen und dafür entsprechende Mittel bereit zu stellen, wobei die weitere Umsetzung an eine Förderzusage gebunden wäre. Der entsprechende Antrag zum Förderschwerpunkt 4.1.11 Kommunale Wärmeplanung der Kommunalrichtlinie wurde am 16.03.2023 im System easy-Online eingereicht sowie unterzeichnet in Papierform versendet. Die Verwaltung hofft auf eine Förderzusage, bevor die kommunale Wärmeplanung zur Pflichtaufgabe wird.

Mit Beschluss des Rates vom 13.12.2022 (BV Nr. 171/2022 – Umgang der Gemeinde Nottuln zum Thema „Beschattung der Photovoltaikanlagen durch Bäume“) wurde die Verwaltung beauftragt, in Austausch mit den kreisangehörigen Kommunen sowie dem Kreis Coesfeld zu treten, um eine abgestimmte, einheitliche Vorgehensweise anzustreben. Zudem wurde die Verwaltung beauftragt, den Sachverhalt an die Bezirksregierung weiterzuleiten, um grundsätzlich eine rechtliche Einordnung sowie eine Handlungsempfehlung zu erhalten. Diesbezüglich teilt Frau Marquardt-Wißmann mit, dass der Austausch mit den Städten und Gemeinden im Kreisgebiet und dem Kreis Coesfeld zwischenzeitlich im Rahmen des Kommunalen Klimanetzwerkes Kreis COE erfolgt sei; ein Austausch mit Energy4Climate dazu laufe ebenfalls. Die Erfahrungen der Städte und Gemeinden seien recht unterschiedlich. Da aber davon auszugehen sei, dass dieses Thema durch die Änderung des §2 EEG zunehmend an Bedeutung gewinnen werde, soll eine gemeinsame Anfrage erarbeitet und an die Bezirksregierung adressiert werden.

Zum weiteren Vorgehen bezüglich der Checkliste „Klimaschutz in Beschlussvorlagen“ erläutert Frau Marquardt-Wißmann, dass die Checkliste bzw. die zugehörigen Erläuterungen an die Gegebenheiten in Nottuln angepasst wurden. In der Steuerungsrunde am 29. März 2023 solle darüber noch einmal beraten werden. Anschließend sollte das Thema auch im Ausschuss Umwelt und Mobilität behandelt werden.

Des Weiteren berichtet Frau Marquardt-Wißmann, dass sich die Gemeinde Nottuln am 23. März 2023 mit einem kostenfreien kleinen Fahrradcheck (in Kooperation mit dem IBP e.V. Darup) und

einer Codierungsaktion (in Kooperation mit dem ADFC Nottuln), bei den Teilnehmenden am STADTRADELN 2022 bedanken und schon jetzt für den neuen Aktionszeitraum im Mai 2023 werben möchte. Im Rahmen dieser Aktion (von 14.00 Uhr bis 18:00 Uhr) ist auch die Übergabe der Urkunden für die aktivsten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschiedener Kategorien im Jahr 2022 geplant. Alle, die bereits dabei waren oder dabei sein möchten, seien herzlich eingeladen.

Frau Marquardt-Wißmann betont, dass seitens der Politik gerne Werbung für den Bereich Mobilität und Energieberatung des Förderprogrammes Klimaschutz der Gemeinde gemacht werden dürfe. Der Förderzeitraum endet am 30. April.

Die Gemeinde Nottuln beteiligt sich an der Earth Hour. Allerdings gelten noch die Energieeinsparmaßnahmen, so dass die kommunalen Gebäude und die Kirchen derzeit ohnehin nicht angestrahlt werden. Umso wichtiger sei es, dass sich auch möglichst viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen und so ein Zeichen setzen. Dazu soll ein Artikel in der Presse erscheinen.

Frau Marquardt-Wißmann teilt mit, dass am 25. April um 17:30 Uhr in der Liebfrauenschule ein Vortrag zum Thema „Energetisch Sanieren: So geht Dämmung, Fenstertausch und Co.“ stattfindet. Interessierte sind hierzu herzlich eingeladen.

Herr Wermeling informiert über die Pflanzung von Straßenbäumen im Gemeindegebiet Nottuln. Im Monat März pflanzt der Baubetriebshof Nottuln insgesamt 77 neue Bäume. Die Eichen, Spitzahornbäume, Hainbuchen, Ebereschen, Winterlinden und die Alten Apfelsorten finden ihre neuen Standorte in Nottuln, Appelhülsen, Darup u. Schapdetten. Die aufgeführten Baumarten weisen alle einen guten ökologischen Wert auf. Die hohe Anzahl von Neupflanzungen hängt mit den Fällungen aus dem letzten Jahr zusammen. Die Fertigstellungspflege wird vom Baubetriebshof Nottuln übernommen.

Zudem berichtet Herr Wermeling, dass einige Baumstandorte nicht wieder aktiviert werden. Das betreffe vor allem die Straßenabschnitte Dülmener Str., Niederstockumer Weg, Coubertin-Str., Grauten Ihl, Olympia Str., Nurmi Str., und Bakenstr. Im Spätsommer dieses Jahrs erfolge durch die Gelsenwasser AG eine gezielte Überprüfung von Gasleitungen, die sich in direkter Nähe von Straßenbäumen befinden. Anhand der Ergebnisse (diese werden voraussichtlich im Herbst 2023 vorliegen), die in einer Ausschusssitzung präsentiert werden können, ließen sich geeignete Baumstandorte festlegen, ohne dass es zu Beeinträchtigungen von Versorgungsleitungen komme. Nach Ermittlung geeigneter Standorte werde als nächster Schritt die Pflanzung neuer Straßenbäume angesetzt. Auswahlkriterien richten sich nach der GALK-Straßenbaumliste (Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz). Die Pflanzung erfolge dann in den Wintermonaten 2023/24. Durch die Neuanpflanzung soll der Grünanteil in der Gemeinde Nottuln hochgehalten werden.

3 Beitritt der Gemeinde Nottuln zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“.
Vorlage: 040/2023

Herr Geuking äußert Bedenken bezüglich eines Beitrittes, da er die Verteufelung des Autoverkehrs – insbesondere im ländlichen Raum, in dem viele Menschen auf das Auto angewiesen seien – nicht mittragen könne. Ziel solle es sein, Maßnahmen für die Menschen zu entwickeln, nicht gegen die Autos. Herr Geuking betont, dass ein allgemeines Tempo 30 nicht als Allheilmittel gesehen werden dürfe, da dieses in Wohngebieten viel zu schnell, auf größeren Straßen jedoch zu langsam sei, was durch das verlangsamte Tempo eine längere Verkehrsbelastung und damit längere Emissionen bedeute. Aus den genannten Gründen könne er einen Beitritt nicht unterstützen und stimme dem Beschlussvorschlag nicht zu.

Herr Steimann erläutert, dass die CDU dem Beitrittsvorschlag gerne folge, da damit der Handlungsspielraum der Kommune erweitert werde. Die Gemeinde könne somit selbst entscheiden, an welchen Stellen im Gemeindegebiet ein Tempolimit sinnvoll sei und eingeführt werde. Herr Steimann möchte diese Diskussionen führen können und hält einem Beitritt in die Initiative für sinnvoll.

Herr Herbst schließt sich dem an und betont, dass ein Beitritt nicht gleichbedeutend mit der Ausweisung von Tempo 30 im gesamten Gemeindegebiet sei. Die durch den Beitritt verbesserte Entscheidungsfreiheit befürworte er.

Nach einer kurzen Diskussion bezüglich der Möglichkeiten auf Kreisstraßen im Gemeindegebiet lässt Frau Dr. Diekmann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 1 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

4 Fahrradflunder
Vorlage: 041/2023

Herr Geuking spricht sich dafür aus, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Die FDP habe sich den Bedarf angeschaut, die Fahrradflunder werde auch am Wochenende gut angenommen. Die Installation fester Fahrradabstellplätze sei sinnvoll und werde seitens der FDP unterstützt.

Herr Danziger freut sich über den Beschlussvorschlag der Verwaltung und weist auf einen Antrag der SPD aus 2021 hin, der die Umrüstung bestimmter PKW-Stellplätze zugunsten von Fahrradstellplätzen vorgesehen habe und nun eine erste Umsetzung finde.

Herr Steimann berichtet, dass laut Bürgeraussagen die Fahrräder teilweise in die Fahrbahn hineinragen und regt an, die Fahrradabstellplätze zur Fahrbahn hin zu schließen. Zudem erkundigt sich Herr Steimann nach dem nächsten Standort der Fahrradflunder. Herr Bartlett erläutert, dass die Flunder zunächst am bisherigen Standort bleiben solle, da bei Wegnahme der Flunder ohne einen politischen Beschluss zur festen Installation der vorherige Zustand wiederhergestellt werden würde. Seitens der Bevölkerung seien bei der Gemeindeverwaltung Wunschstandorte an den Haltestellen entlang einiger Buslinien eingegangen. In den kommenden Wochen müsse evaluiert werden, welche Abstellmöglichkeiten an den konkreten Standorten bereits vorhanden seien und wo konkrete Bedarfe bestünden. Ziel ist es, auch die zeitlichen Abstände einer Verlagerung der Flunder an aktuelle Bedarfe anzupassen.

Herr van Stein schlägt eine Schrägaufstellung der Abstellanlagen vor, um das zuvor angesprochene Hineinragen der Fahrräder in die Fahrbahn zu verhindern.

Auf Nachfrage von Herrn van Stein bezüglich Möglichkeiten zur Installation weiterer Abstellanlagen auf der gegenüberliegenden Straßenseite erläutert Herr Bartlett, dass dies aufgrund des begrenzten Platzangebotes nicht möglich sei. Die Beobachtungen zeigen zudem, dass viele Menschen die Fahrräder an der Ecke zur Volksbank abstellen würden. Sofern dies gewünscht sei, könne die Flunder zukünftig auch an diese Stelle verlagert werden, um den konkreten Bedarf prüfen zu können.

Herr Steimann sieht in der Umwidmung einiger PKW-Stellplätze einen ersten Schritt zur Umsetzung des kürzlich erarbeiteten Mobilitätskonzeptes. Die Fraktion wünsche ein Monitoring der Maßnahmen, beispielsweise in Form eines halbjährigen Berichtes im Rahmen einer Ausschusssitzung. Herr Bartlett betont, dass es geplant sei, einzelne Maßnahmen des Konzeptes immer wieder in Sitzungen aufzunehmen, solange dies haushalterisch möglich sei. Die Verwaltung begrüße den Vorschlag, Zwischenfazits zu ziehen, da auch im Konzept Teilevaluierungen der Maßnahmen vorgesehen seien.

Frau Dr. Diekmann betont, dass eine Diskussion über den Erfolg von Maßnahmen im Ausschuss wünschenswert sei und betont, dass die Initiative dazu nicht allein aus der Verwaltung kommen müsse. Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, die beiden PKW-Stellplätze an der Straße „Potthoff“ in Nottuln in Höhe der Hausnummer 20 umzuwidmen und mit festen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5	Antrag der SPD – Fraktion vom 06.03.2023. Vorlage: 039/2023
----------	--

Herr Danziger erläutert den Hintergrund des Antrages und betont auf Nachfrage von Herrn Geuking, dass es zwar noch dauere, bis die ersten Bürger das Quartier beziehen würden, die Planung jedoch Zeit brauche und daher frühestmöglich in Angriff genommen werden solle.

Herr Steimann erwidert, dass die CDU dem Antrag nicht folgen könne, da es um die Sonderanbindung eines einzelnen Wohngebietes gehe. Ziel solle es sein, den ÖPNV insgesamt nachzubessern und nicht die Anbindung eines einzelnen Wohngebietes, da auch in anderen Bereichen des Gemeindegebietes Verbesserungspotential bestünde.

Herr Danziger erläutert noch einmal, dass Hintergrund des Antrages eine Formulierung in den Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 135 „Südlich Lerchenhain“ bezüglich einer ÖPNV-Anbindung sei, die in der Realität noch nicht gegeben ist. Daher beabsichtige der Antrag die Prüfung dieser konkreten ÖPNV-Anbindung. Dies solle jedoch ausdrücklich nicht bedeuten, dass andere Verbindungen weniger wichtig seien, insgesamt sei das ÖPNV-Angebot im Verbund zu betrachten.

Herr Böker betont, dass die CDU den Ausbau des ÖPNV grundsätzlich befürworte, jedoch eine allgemeine Betrachtung des ÖPNV-Angebotes im Gemeindegebiet beabsichtige.

Frau Dr. Diekmann erkundigt sich, ob zur teilweise veränderten Linienführung der S 60 und C 85 eine Zwischenevaluation vorliege. Herr Bartlett berichtet, dass die Veränderung der Linienführung auf eine Entscheidung des Kreistages zurückzuführen und die Überörtlichkeit des ÖPNV-Ausbaus daher bedeutend sei. Derzeit würde eine Evaluation durch die Erhebung von Fahrgastzahlen und Potentialen sowie den Zu- und Ausstiegen durchgeführt. Zunächst seien die Ergebnisse und Entscheidungen des Kreises abzuwarten. Frau Breuksch weist darauf hin, dass die Verwaltung dieses Thema fortlaufend prüfen werde und regt an, den Antrag zeitlich aufzuschieben. Zudem müssen auch geplante bauliche Entwicklungen wie die am Niederstockumer Weg berücksichtigt werden. Herr Bartlett ergänzt, dass es wichtig sei, den ÖPNV als Ganzes zu betrachten und in den nächsten Jahren proaktiv weiterzuentwickeln.

Nach einer parteiübergreifenden Diskussion bezüglich einer Änderung des Beschlussvorschlages lässt Frau Dr. Diekmann den Beschlussvorschlag wie folgt ändern und lässt darüber abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das gesamte Gemeindegebiet ein optimiertes ÖPNV-Konzept und dessen Fortschreibung zu erarbeiten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das gesamte Gemeindegebiet ein optimiertes ÖPNV-Konzept und dessen Fortschreibung zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**6 Antrag auf Gestaltung Kreisverkehr Umgehungsstraße (B525) - Höhe Ortsausgang Nottuln nach Darup und Billerbeck.
Vorlage: 043/2023**

Herr Dr. Schliermann erläutert einleitend den Hintergrund des Antrages und bittet die Verwaltung, einen Vorschlag für eine ökologische Aufwertung des Kreisverkehrs zu erarbeiten.

Herr Wermeling erläutert, dass er sich diesbezüglich bereits mit Straßen.NRW abgestimmt habe, mit dem Ergebnis, dass eine Bepflanzung mit Bäumen nicht möglich sei. Denkbar wäre jedoch die Pflanzung von Sträuchern mit bis zu 2 m Höhe, Stauden oder regionalen Blümmischungen. Ein entsprechendes Konzept müsse Straßen.NRW vorgelegt werden. Die Größe des Kreisverkehrs betrage ca. 900 m², eine ökologische Aufwertung ist daher möglich – bei kleineren Kreisverkehren sei dies hingegen eher schwierig. Ein erster Vorschlag sei die Bepflanzung von ca. 500 m² mit regionalem Saatgut und 400 m² mit Stauden. Für die Bodenvorbereitung, die Einsaat, bzw. das Setzen der Pflanzen sowie die Fertigstellungspflege sei einer ersten groben Kostenschätzung zur Folge ein Aufwand von ca. 24.000 € erforderlich. Herr Wermeling weist darauf hin, dass dieser Kostenaufwand im diesjährigen Haushalt nicht vorgesehen sei.

Die Nachfrage von Herrn Steimann, ob es möglich sei, ortsansässige Vereine an der Maßnahme zu beteiligen, verneint Herr Krüger, da aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens ein hohes Sicherheitsrisiko bestünde.

Herr Böker dankt Herrn Wermeling für die intensive Begutachtung des Antrages, hält eine Aufbringung der erforderlichen Kosten jedoch aufgrund der angespannten Haushaltslage für schwierig. Da der Kreisverkehr nicht im Besitz der Gemeinde Nottuln sei und die Straßenbaulast beim Landesbetrieb Straßen.NRW liege, erkundigt sich Herr Böker, ob eine teilweise Übernahme der Kosten oder Pflegearbeiten durch Straßen.NRW denkbar sei. Herr Krüger erläutert, dass im Rahmen der Inbetriebnahme der Ortsumfahrung vereinbart worden sei, dass die Gemeinde Nottuln für den Innenraum des Kreisverkehrs zuständig sei. Dennoch schlägt er vor, diesbezüglich ein Gespräch mit Straßen.NRW zu führen.

Es folgt eine kurze Diskussion, ob der Beschlussvorschlag um den konkreten Gestaltungsvorschlag ergänzt werden solle. Da die Haushaltslage eine ökologische Aufwertung zum jetzigen

Zeitpunkt jedoch ausschlieÙe und der Beschlussvorschlag zunächst eine Kenntnisnahme vorsehe, kann der Antrag in einer zukünftigen Ausschusssitzung erneut beraten werden. Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag (06.03.2023) der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

7 Grundsatzentscheidung Photovoltaik auf kommunalen Dächern Vorlage: 044/2023

Einleitend weist Frau Dr. Diekmann darauf hin, dass das Wirtschaftsministerium des Landes NRW heute bekanntgegeben habe, dass die Förderung für Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden mit bis zu 80 % fortgesetzt werde. Die Förderung gelte dabei nur für Anlagen, bei denen die zu erwartenden Erträge nicht höher als die zu erwartenden Verbräuche seien. Diese Förderbedingung entspreche eher dem Beschlussvorschlag 2. Es sei wichtig, dies konkret zu prüfen, um sich nicht durch eine vorschnelle Entscheidung in den Handlungsmöglichkeiten einzugrenzen.

Frau Breuksch erläutert, dass seitens des Gebäudemanagements der Gemeinde Nottuln derzeit viele Um- bzw. Neubauten bearbeitet werden und dabei immer wieder die Frage nach dem Umgang mit Photovoltaikanlagen aufkomme. Die Verwaltung wünsche daher eine Handhabung der Politik.

Herr Geuking erläutert, dass sich ihm nicht erschlieÙe, weshalb eine Beschränkung auf den Eigenbedarf eines Gebäudes beschlossen werden sollte. Mit der zuvor angekündigten Fördermöglichkeit durch das Land NRW würde dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit Sinn ergeben, ansonsten sei ein großer Bedarf vorhanden, sodass die Installation zur maximalen Anlagenauslastung sinnvoll sei.

Herr Danziger schließt sich dem an und betont noch einmal die Wichtigkeit sowohl der ökologischen als auch der ökonomischen Betrachtung. Da diese Faktoren zunächst gründlich überprüft werden müssten, halte er einen heutigen Beschluss für schwierig.

Herr Steimann äußert eine Tendenz zum Beschlussvorschlag 1, solange Gründe der Wirtschaftlichkeit nicht eher für den Beschlussvorschlag 2 sprächen. Die CDU unterstütze es grundsätzlich, so viele Dachflächen wie möglich mit Photovoltaikanlagen auszustatten.

Herr van Stein zeigt sich überrascht von der vom Land NRW angekündigten Förderhöhe. Auf-

grund der beschlossenen Klimaneutralität favorisiere die UBG den Beschlussvorschlag 1. Herr van Stein regt daher eine genaue Prüfung des Förderangebotes an und plädiert für eine Vertagung der Entscheidung.

Frau Breuksch erläutert die Überlegung, dass auf einer Dachfläche auch zwei Anlagen installiert werden können: Eine vom Land geförderte Anlage zur Deckung des Eigenbedarfs des Gebäudes – eine Weitere zur Maximierung der Energieerzeugung.

Frau Dr. Diekmann weist darauf hin, dass zurzeit viel Bewegung in den Regularien bezüglich erneuerbarer Energien bestehe. Es sei wichtig, einen ökologischen Mehrwert zu schaffen und gleichzeitig auf die finanzielle Situation zu achten.

Eine Wortmeldung aus dem Publikum plädiert dafür, die von Frau Breuksch angesprochene Möglichkeit der Installation von zwei Anlagen auf einem Dach in Betracht zu ziehen. Gleichzeitig wird die Möglichkeit zur Kooperation mit der „Baumberge Energie“ angeboten.

Nach einer kurzen Diskussion schlägt Frau Dr. Diekmann vor, heute über den Beschlussvorschlag 1 abzustimmen und bittet die Verwaltung, in einem der nächsten Ausschüsse für Planen und Bauen Informationen zu Fördermöglichkeiten nachzuliefern. Bei einem Beschluss des Vorschlages 1 würde sich die Gemeinde nicht die Möglichkeit nehmen, sich gleichzeitig eine Anlage zur Eigenbedarfsdeckung fördern zu lassen. Frau Dr. Diekmann lässt über den Beschlussvorschlag 1 abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt bei zukünftigen Neu- und Umbauten die vorhandenen Dachflächen zur Maximierung der Anlagenleistung vollständig auszunutzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

8 Verschiedenes

Herr Böker erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich des Glasfaserbereiches Baumberge und weist auf einen Beschluss durch den Haupt- und Finanzausschuss hin. Herr Dr. Thönnies bittet darum, dies im Haupt- und Finanzausschuss als zuständigem Gremium noch einmal anzusprechen. In der Gemeindeverwaltung liege die Zuständigkeit für den Tätigkeitsbereich Digitalisierung bei Herrn Driever, der gerne auch außerhalb der Ausschüsse kontaktiert werden dürfe.

Herr Steimann erkundigt sich nach der rechtmäßigen Ausführung der Anrampungen bei den Baustellen an den Haltestellen in Appelhüsen, da er von Bürgern darauf aufmerksam gemacht wor-

den sei. Herr Krüger erläutert, dass ein Ingenieurbüro die Baustellenleitung übernehme. Eine Baustellenkontrolle habe jedoch keine Fehlausführungen gezeigt.

Frau Dr. Diekmann bedankt sich für die lebhaften und konstruktiven Diskussionen und schließt die heutige Sitzung.

Dr. Susanne Diekmann
Vorsitzende

Lea Steinhoff
Schriftführerin